

Flüchtlinge – Argumente gegen Vorurteile und Stammtischparolen

DUISBURG
SPD

Die meisten Asylbewerber wollen nicht arbeiten, sondern nur kassieren – wir sind doch nicht das Weltsozialamt.

DUISBURG
SPD

Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht. In den ersten 15 Monaten bekommen sie grundsätzlich Sachleistungen und ein Taschengeld – und damit deutlich weniger als Hartz-IV-EmpfängerInnen. Anschließend erhalten sie das Existenzminimum. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klargestellt: Weniger als das Existenzminimum ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Fördermaßnahmen, wie sie Hartz-IV-Empfängern zustehen.

Die Flüchtlinge nehmen unsere Arbeitsplätze weg.

DUISBURG
SPD

Fakt ist: In Deutschland werden in vielen Berufen händeringend Arbeitskräfte gesucht. Wir brauchen erstens die Integration von arbeitsuchenden Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere Langzeitarbeitslosen, in den Arbeitsmarkt und zweitens die Integration derer, die bei uns bleiben. Beides ist wichtig. Dazu werden wir unter anderem einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen müssen.

Unsere Schulen und Straßen sind marode, aber für Flüchtlinge ist Geld da.

DUISBURG
SPD

Die Lage der Kommunalfinanzen ist seit Jahren ein Streitpunkt zwischen Bund und Ländern. So wie das Land NRW seine Kommunen unterstützt, so ist auch eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Unterbringung und Integration notwendig. Das Geld, das wir jetzt für die Betreuung der Geflüchteten, für ihre Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Wohnraum ausgeben, erhöht die Kaufkraft, schafft Arbeitsplätze und führt zu Mehreinnahmen bei Einkommenssteuern, Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen.

Ihnen geht es doch gut. Sie haben alle ein Smartphone.

DUISBURG
SPD

Ja, sie kommen schließlich aus Ländern, in denen dies wie bei uns zum technologischen Standard gehört. Sowohl in den Kriegs- und Konfliktgebieten (z.B. Syrien) als auch auf der Flucht ist ein Smartphone ein lebenswichtiges Kommunikationsmittel. Es ist oft das Letzte, was die Flüchtlinge - neben dem, was sie am Körper tragen - aus ihrer Heimat mitnehmen konnten. Mit dem Smartphone können sie den Kontakt zu ihren Angehörigen halten. Seine Benutzung ist oft die einzige Möglichkeit, die Flucht ohne Schlepper zu organisieren.

Die jungen Männer kommen gar nicht aus Kriegsgebieten, denn wer würde schon seine Familie dort zurücklassen?

DUISBURG
SPD

Die Lage dieser Menschen kann gar nicht dramatisch genug beschrieben werden. Ganze Landstriche in Syrien und im Nordirak sind nicht mehr bewohnbar. Viele begeben sich auf den gefährlichen Fluchtweg über die sog. Balkanroute oder gar das Mittelmeer in der Hoffnung, dass Frauen und Kinder im Rahmen des Familiennachzuges auf sicherem Weg nachkommen können. Einige flüchten auch, damit sie nicht von radikalen Islamisten zwangsrekrutiert werden.

Was sind das für Eltern, die ihre Kinder auf so eine gefährliche Reise schicken?

Wie verzweifelt die Lebenslage sein muss, kann man an der Tatsache erkennen, dass Familien ihre minderjährigen Kinder auf die gefährliche Fluchtroute schicken. In vielen Flüchtlingslagern gibt es nicht mehr genug Lebensmittel, um alle Menschen zu versorgen. In manchen Regionen in Syrien und im Irak werden schon Kinder vom sogenannten IS rekrutiert. Angesichts dieser oft ausweglosen Situation schicken Familien ihre minderjährigen Kinder mit dem letzten Geld nach Europa. Sie hoffen, dass ihre Kinder dort Schutz finden.



Wir können nicht so viele Flüchtlinge aufnehmen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es ist aber eine Herausforderung, wenn so viele Menschen innerhalb so kurzer Zeit registriert, untergebracht und versorgt werden müssen. Bei denen, die bleiben dürfen, müssen wir mit der Integration früh beginnen. Wir erwarten natürlich, dass unsere Gesetze geachtet werden. Kriminelles Verhalten muss schnell und konsequent bestraft werden. Übrigens: Andere Länder nehmen mehr Geflüchtete auf als Deutschland. Der Libanon, der halb so groß ist wie Hessen, hat 4 Mio. Einwohner und hat im Jahre 2015 1,2 Mio. Geflüchtete aufgenommen. Deutschland hat 80 Mio. Einwohner und 2015 rund 1 Million aufgenommen.



Deutschland sollte seine Grenzen einfach dicht machen.

Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht. Die Menschen haben sich auf den Weg gemacht. Sie haben nichts mehr zu verlieren. Sie lassen sich auch nicht durch Zäune aufhalten. Jede Grenzschließung führt unweigerlich zu einer humanitären Katastrophe. Die Bilder aus den Flüchtlingslagern entlang geschlossener Grenzen sind ein trauriger Beleg dafür.



Wir nehmen mehr Flüchtlinge auf als andere Länder.

Im Vergleich zu seiner Bevölkerung nimmt Deutschland viel weniger Geflüchtete auf als die Türkei, der Libanon oder Jordanien. Viele Geflüchtete setzen ihre Reise durch Deutschland auch fort mit dem Ziel Schweden oder Dänemark. Natürlich nehmen viele Länder weniger Geflüchtete auf. Wir brauchen eine dauerhafte europäische Lösung und weniger nationalen Aktionismus.



Die Diskussion ist übrigens nicht neu. Johannes Rau hat schon in seiner Berliner Rede im Jahr 2000 gesagt:

„Am Beginn aller Diskussionen muss klar sein: „Die“ Ausländer gibt es nicht. Es geht immer um einzelne Menschen; um Menschen mit ihren individuellen Wurzeln:

- ob als Arbeitsuchende aus Anatolien,
- ob als Spätaussiedler aus einem kleinen Dorf im Herzen von Kasachstan,
- ob auf der Flucht vor Verfolgung und Folter im Sudan,
- ob als Vertriebene aus den zerstörten Städten und Dörfern des Kosovo.

Jeder hat seine Biographie, jeder hat seine Träume, alle haben ihre kulturellen und religiösen Prägungen, jeder hat seine besondere Art des Umgangs mit anderen. So unterschiedlich sie sind, eines haben sie alle gemeinsam: Jeder von ihnen sucht in Deutschland Zuflucht oder Heimat, freiwillig oder notgedrungen, manche für eine Zeit des Übergangs, viele aber auf Dauer.“

Für uns ist klar: Wir brauchen auch ein modernes **Einwanderungsgesetz**, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.



Links zum Thema:

www.fluechtlinge-willkommen.de · www.bzfo.de
www.spd.de · www.spd-duisburg.de/fluechtlingpolitik
www.ich-hilfe.nrw · www.care.de
www.ueberdentellerrand.org
www.fluechtlingwillkommen.de · www.proasyl.de
www.ead.de · www.stimmeuerturnunft.de
www.frnrrw.de · www.katholisch.de/fluechtlinge
www.ekd.de/themen/fluechtlinge
www.drk.de · www.awo-nr.de · www.awo-ww.de
www.awo-mr.de · www.awo-owl.de

V.i.S.d.P.:

SPD Duisburg
 Krummacherstr. 33
 47051 Duisburg

Kontakt:

Tel.: 0203 / 92963-0
info@spd-duisburg.de
www.spd-duisburg.de

